

Antrag 15/II/2025**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Refinanzierung des Tarifvertrags der AAPA (Arbeitsgemeinschaft behinderter Arbeitgeber mit Persönlicher Assistenz) über 2025 hinaus****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
2 aufgefordert darauf hinzuwirken, dass der Tarifvertrag der
3 AAPA über 2025 hinaus anerkannt wird. Damit wird ver-
4 hindert, dass direkt angestellte Assistent*innen im Per-
5 sönlichen Budget, schlechter gestellt werden, als Ange-
6 stellte von Assistenzdiensten. Dazu gehört auch die Erhö-
7 hung der Löhne und das Aushandeln einer Inflationsprä-
8 mie analog des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes
9 der Länder.

10

Begründung

12 Um selbstbestimmt in der eigenen Häuslichkeit leben
13 zu können, haben Menschen mit Behinderung unter be-
14 stimmten Voraussetzungen Anspruch auf Persönliche As-
15 sistenz. Dies bedeutet, dass sie zu Hause leben und ihren
16 Alltag mit Assistenz selbst gestalten. Die Assistent*innen
17 (im Folgenden durch AS abgekürzt) arbeiten direkt bei ih-
18 ren Assistenznehmer*innen zu Hause und unterstützen
19 nach Ansage bei der Körperpflege, im Haushalt und auch
20 bei der Arbeit und bei Gängen außer Haus. Rund um die
21 Uhr stellen sie unter anderem ihre Muskelkraft und ih-
22 re Arme und Beine zur Verfügung, damit Menschen mit
23 Behinderung auch außerhalb von Einrichtungen selbstbe-
24 stimmt ihr Leben gestalten können. Dazu arbeiten sie als
25 Team des/der jeweiligen AssistenznehmerIn im Schicht-
26 dienst.

27

28 Anspruchsberechtigte habe das Recht auf freie Wahl. Sie
29 können selbst entscheiden, ob sie ihre AS über Pflege-
30 dienste wie z. Bs. ambulante dienste e.V. beziehen, oder
31 über das Persönliche Budget selbst einstellen wollen. Bei
32 Pflegediensten müssen sie sich nicht selbst um die Siche-
33 rung ihrer Assistenz kümmern, haben aber weniger Wahl-
34 recht und müssen bestimmte Regeln einhalten. Wenn sie
35 sich dafür entscheiden ihre AS über das zur Verfügung
36 gestellte Persönliche Budget selbst einzustellen, sind sie
37 für ihre Dienstplanung selbst verantwortlich, haben aber
38 mehr Freiheiten und sind die direkten Vorgesetzten ihrer
39 AS.

40

41 2019 haben die großen Assistenzdienste einen Tarifver-
42 trag abgeschlossen, was langfristig dazu führte, dass As-
43 sistent*innen der großen Dienste besser verdienten als die
44 direkt Angestellte. Das lag unter anderem daran, dass die
45 AS der großen Träger in die Endgeldgruppe 5 eingruppiert
46 wurden, während die AS im Persönlichen Budget in der
47 Endgeldgruppe 3 verblieben.

48

49 Daraufhin gründeten Assistenznehmer*Innen mit Persön-
50 lichem Budget die AAPA, um vertreten von der Gewerk-
51 schaft ver.di, auch einen Tarifvertrag auszuhandeln. Erst
52 2024 wurde dies vom Senat anerkannt und die AS im Per-
53 sönlichen Budget erhielten rückwirkend vom 1.1.22 ihre
54 Nachzahlung.

55

56 Obwohl nach der AGH Wahl 2021 die Koalition festleg-
57 te, dass sie sich für gleichen Lohn für gleiche Tätigkeit
58 einsetzt, wurde nun beschlossen, dass direkt angestell-
59 te Assistent*innen ab 2026 wieder in die Endgeldgrup-
60 pe 3 wechseln sollen und der Tarifvertrag nicht verlän-
61 gert wird. Auch der Tarifvertrag der großen Dienste ist von
62 Schlechterstellung gefährdet, hat aber mehr Gewicht.

63

64 Die AS im Persönlichen Budget werden also ab 2026 wie-
65 der 340€ im Monat weniger verdienen, als ihre KollegIn-
66 nen der großen Dienste, obwohl sie die gleiche Arbeit leis-
67 ten, wenn sich der Senat nicht dazu bekennt.

68

69 Dadurch werden die behinderten Arbeitgeber*innen im
70 Persönlichen Budget noch größere Schwierigkeiten als
71 sonst haben, geeignetes Personal zu finden und zu hal-
72 ten. Wenn die AS alle zu den großen Diensten, die im-
73 mer Personal suchen, wechseln, werden die Arbeitgebe-
74 ren im Persönlichen Budget ebenfalls aus der Not her-
75 aus gezwungen, sich einen Dienst zu suchen. Da diese
76 ihre Teams selbst koordinieren, während die Dienste ei-
77 ne teure Verwaltung unterhalten, sparen sie dem Land
78 Geld. Würden alle Betroffenen der AAPA zu den Diens-
79 ten wechseln, würden dem Land Mehrkosten 12 Millionen
80 € pro Jahr dem Land entstehen. Dazu kommt, dass auf-
81 grund fehlender Sozialarbeitenden und Pflegefachkräfte
82 die Dienste überlastet sind und schon jetzt bei weitem
83 nicht alle Anfragen bedienen können.

84

85 Durch die Weigerung der langfristigen Anerkennung des
86 Tarifvertrags untergräbt der Senat also unterschwellig das
87 Recht auf Wahlfreiheit und Selbstbestimmung der Men-
88 schen mit Behinderung. Leben mit Persönlichem Budget
89 als Chef*in der eigenen AS ist die höchste Form der Selbst-
90 bestimmung, die man als Mensch mit Behinderung haben
91 kann.

92

93 Dazu kommt, dass die AS die gleiche verantwortungsbe-
94 wusste Arbeit leisten, ob sie nun bei einem Dienst ange-
95 stellt sind, oder direkt bei einer Person mit Behinderung.
96 Wenn die SPD sich noch als Arbeiterpartei wahrnimmt
97 und auch noch so wahrgenommen werden möchte, soll-
98 te sie die AS, die wirklich zu den „hart arbeitenden Men-
99 schen“ gehören, von denen unsere Vorsitzenden im Bund
100 so gerne sprechen, keine Steine in den Weg legen. Sich

101 für den Tarifvertrag der AAPA einzusetzen und dadurch
102 auch den Tarifvertrag der großen Dienste zu stärken, wür-
103 de Worten auch Taten folgen lassen und die Pflege direkt
104 aufwerten und dazu das Selbstbestimmungsrecht der zu
105 Pflegenden unterstützen und anerkennen.